

Die Rechnung geht nicht auf

Von Gerd Held

Der „grüne New Deal“ hört sich so einfach an: Wir tun etwas Gutes für die Umwelt und schaffen damit neues Wachstum. Ein bisschen Utopie ist gut, aber wir haben in diesem kritischen Jahr 2009 auch gelernt, Spekulationen zu misstrauen. Für einen New Deal, wie ihn das vorige Jahrhundert gesehen hat, brauchen wir Ertragssteigerungen auf breiter Front. Wachsen nur einige Branchen auf Kosten der anderen oder zu Lasten des Steuerzahlers, wird aus dem „Deal“ ein Nullsummenspiel - auch wenn es einzelne Erfolgsgeschichten zu erzählen gibt.

Wenn es um eine Verbindung von Ökologie und Ökonomie geht, müssen wir das ökonomische Kriterium – Kosten und Erträge – ernst nehmen. Natürlich kann es eine sinnvolle Aufgabe sein, die Klimaerwärmung zu bremsen. Die Menschen können sich politisch dafür entscheiden und Anstrengungen auf sich nehmen. Wer jedoch einen grünen New Deal verkündet,

knüpft an die Ökologie ein wirtschaftliches Versprechen: Er stellt nicht nur eine bessere Umwelt in Aussicht, sondern zusätzliche Einkommen für die Menschen. Dazu müssten technologische Innovationen zur Verfügung stehen, die schonender und effizienter zugleich sind. Das ist gegenwärtig - im volkswirtschaftlichen Maßstab – nicht der Fall. Auch im Bereich der regenerativen Energien ist man noch für längere Zeit auf Subventionen angewiesen, die woanders erwirtschaftet werden müssen. Ein New Deal fühlt sich anders an.

Wir leben in einer Epoche, in der wir für den Umweltschutz Opfer bringen müssen. Um dafür die Mittel zu haben, müssen wir konventionelle, hochproduktive Betriebsformen bewahren. Wir sollten uns darauf einstellen, dass Ökonomie und Ökologie weiterhin in einem Spannungsverhältnis stehen und immer abgewogen werden müssen.

(Manuskript vom 27.7.2009, erschienen als Kommentar in der Wochenzeitung „Das Parlament“ 36/37-2009)